

Armenien

Gesamteinschätzung

Mit einem BIP-Zuwachs von 6,0% gegenüber 1999 blieb Armeniens Wirtschaft im Jahre 2000 auf dem Wachstumspfad. Unter den Wirtschaftssektoren wies das Bauwesen mit 28% den höchsten Produktionsanstieg auf und trug wesentlich zur wachsenden Wirtschaftsleistung bei. Weitere Wachstumsträger waren die Industrie (+6,4%) und der Handel (+8,5%). In der Landwirtschaft war hingegen ein Produktionsrückgang von 2,5% gegenüber 1999 zu verzeichnen, der in erster Linie auf die Dürre im Spätsommer 2000 zurückzuführen ist. Trotz des seit 6 Jahren anhaltenden Wirtschaftswachstums liegt Armenien mit einem jährlichen pro-Kopf BIP von ca. 500 USD nur geringfügig über dem Grenzwert für die ärmsten Länder nach der Definition der Weltbank. 56% der armenischen Haushalte leben unter der international anerkannten Armutsgrenze.

Die Jahresinflation der Konsumgüterpreise bewegte sich 2000 bei nur 0,4% im Dezember-Dezember Vergleich, einem für Transformationsländer außergewöhnlich niedrigen Niveau. Unterstützt von einem während der letzten zwei Jahre weitgehend stabil gebliebenen Wechselkurs förderte die Preisstabilität das Vertrauen in die Landeswährung Dram und ermöglichte eine allmähliche Reduzierung der Zinssätze. Mit einem durchschnittlichen Kreditzinssatz von nominal fast 28% p.a. blieb das Zinsniveau in Armenien Ende 2000 jedoch relativ hoch und erschwerte die Intermediation zwischen dem Banken- und dem Realsektor.

Die Lage der öffentlichen Haushalte blieb im vergangenen Jahr weiterhin angespannt. Das Defizit des konsolidierten Haushalts wurde nicht im geplanten Rahmen gehalten und weitete sich auf 6,2% des BIP aus. Ohne die gegen Jahresende erzwungene Eintreibung eines Teils der Steuerzahlungen der künftigen Periode sowie ohne die Ausweitung der öffentlichen Zahlungsrückstände wäre es noch höher ausgefallen.

Die Außenposition Armeniens profitierte vom beträchtlichen Anstieg der Warenexporte (+28,4%), das Handelsbilanzdefizit blieb jedoch infolge der Wiederbelebung der Warenimporte praktisch auf dem Vorjahresniveau unverändert. Mit 382 Mio. USD fiel das Leistungsbilanzdefizit nur geringfügig niedriger aus als 1999 (401 Mio. USD). Die Relation der Auslandsverschuldung (840 Mio. USD zum 1.1.2001) zum BIP und zu den Exporten wird zwar nicht als besorgniserregend angesehen. Das Land kann aber die externen Ungleichgewichte ohne die Finanzhilfe der internationalen Gebergemeinschaft bei weitem nicht abdecken.

Neben den bislang fehlschlagenden Bemühungen um die Konsolidierung der Finanzlage musste die Regierung Andranik Margharjans im Frühjahr 2001 das Scheitern der strukturell wichtigen Privatisierung der vier nationalen Elektrizitätsnetze hinnehmen. Die Fortsetzung der Strukturreform mit dem Schwerpunkt auf einer glaubwürdigen Verbesserung des rechtlichen und institutionellen Rahmens der Firmentätigkeit ist die wichtigste kurz- und mittelfristige Aufgabe der armenischen Regierung. Ihr Aktionsprogramm für das laufende Jahr sieht einen Anstieg des BIP um real 6,5% gegenüber 2000 vor. Die Preissteigerung soll mit einer anvisierten Inflationsrate von 3,5% weiterhin in einem moderaten Rahmen gehalten werden. Im Mai 2001 kündigten der IWF und die Weltbank die Fortsetzung ihrer Kreditprogramme zur Unterstützung der Reformbemühungen Armeniens bis 2003 bzw. 2004 an.

Wirtschaftsentwicklung

Nach offiziellen Angaben weist die armenische Wirtschaft seit bereits sechs Jahren ununterbrochen ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts auf. Jüngsten Berechnungen des armenischen Wirtschaftsministeriums zufolge belief sich die Steigerungsrate des BIP in diesem Zeitraum auf durchschnittlich 5,4% im Jahr. Selbst die Russlandkrise von 1998, die gravierende Auswirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung der meisten GUS-Länder hatte, konnte den generellen Wachstumstrend in Armenien nicht umkehren. Innerhalb der letzten drei Jahre war ein Rückgang der Wirtschaftsleistung lediglich im 4. Quartal 1999 zu verzeichnen, der zeitlich mit dem Terroranschlag in der Nationalversammlung Ende Oktober 1999 zusammenfiel und auf das vorübergehend negative Produktionsergebnis in der Industrie und im Bau-sektor zurückzuführen war. Ungeachtet des weiteren

Rückgangs im 1. Quartal 2000 wurde im Jahresergebnis ein Anstieg des BIP um 6,0% gegenüber 1999 registriert. Unter den Wirtschaftssektoren wies das Bauwesen den höchsten Produktionsanstieg von über 28% gegenüber dem Vorjahr auf und trug wesentlich zur wachsenden Wirtschaftsleistung bei. Wachstumsträger waren auch die Industrie (+6,4%) und der Handel (+8,5%). Im laufenden Jahr wird offiziell mit einem BIP-Zuwachs von 6,5% gegenüber 2000 gerechnet.

Trotz des langjährigen Wachstums liegt das BIP allerdings noch immer um rund 40% unterhalb des Niveaus von 1991. Dies spiegelt zum einen die Tiefe der Transformationskrise Anfang der 90er Jahre wider, die zudem bis 1994 durch den Karabach-Krieg verschärft wurde. Zum anderen hat der in der amtlichen Statistik ausgewiesene Wirtschaftsaufschwung bislang weder zu einer Verminderung der landesweiten Armut geführt, noch die seit Jahren zu ver-

zeichnende Auswanderung der Arbeitskräfte gebremst. Nach Angaben der EBWE weist Armenien unter den Transformationsländern das höchste Einkommensgefälle in der Bevölkerung auf, das jedoch, gemessen an den Ausgaben der privaten Haushalte, viel weniger ausgeprägt ist. Dies legt den Schluss nahe, dass das Wachstum in Armenien sein Ziel, Verteilungskonflikte zu entschärfen, bei weitem verfehlt und hauptsächlich der Schattenwirtschaft, deren Ausmaß auf 40 bis 70% des amtlich ausgewiesenen BIP geschätzt wird, zugute kommt.

Mit dem realen Wachstum um 6,4% gegenüber 1999 setzte sich der Erholungstrend in der Industrie im vergangenen Jahr beschleunigt fort. Diese offizielle Angabe wurde allerdings anhand von Meldungen von nur 1 234 Industrieunternehmen verschiedener Eigentumsformen und Größen erstellt. Im Staatsregister sind indes 8 200 in der Industrie tätige Unternehmen eingetragen (18% der Gesamtzahl von ca. 44 000 Unternehmen nach dem Stand vom 1.1.2001). Der Vergleich macht deutlich, dass ein Teil der Wirtschaftsaktivitäten an der amtlichen Datenerfassung vorbeigeht, selbst wenn berücksichtigt wird, dass das Staatsregister die lahm liegenden Industriebetriebe und Scheinfirmen mit umfasst.

Die aufgrund der Betriebsmeldungen vorliegenden Angaben zeigen einen realen Anstieg der Produktion im Bergbau um 24,8% und im verarbeitenden Gewerbe um 6,9% jeweils gegenüber dem Vorjahr. Die Verdoppelung des Outputs im Maschinenbau, der chemischen und der Textilindustrie wird durch den sehr niedrigen Stand in der Ausgangsperiode relativiert. Erwähnenswert ist die 2000 erfolgte Wiederaufnahme der Produktion von wichtigen Exportgütern wie Aluminiumwalzen und -folien sowie Kupfererzen und -Konzentraten. Die Stromerzeugung in Armenien (5958 Mio. kW/h 2000, davon knapp 34% vom Kernkraftwerk Metsamor) nahm um 4,2% gegenüber 1999 ebenfalls zu. Damit wurde der eigene Strombedarf zwar weitgehend gedeckt und knapp 14% der erzeugten Elektrizität exportiert. Dennoch sind Engpässe bei der Energieversorgung angesichts der geplanten Wiederinbetriebnahme energieintensiver Großunternehmen der chemischen Branche bereits in naher Zukunft nicht auszuschließen. Die Nahrungsmittelindustrie, in der fast ausschließlich kleine und mittelgroße Privatunternehmen tätig sind, wies 2000 einen weiteren Produktionsanstieg um 4,5% aus. Weiterhin positiv war die Produktions- sowie Exportentwicklung in der für Armenien wichtigen Diamanten- und Edelsteinschleiferei, wobei die entsprechenden Wachstumsraten im Jahresergebnis insbesondere bei der Produktion, moderater als 1999 ausfielen.

Bei der Güterbeförderung, einem wichtigen Indikator der gesamten realwirtschaftlichen Leistung, war 2000 ein Rückgang um 5,2% im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen. Dieser ist auf die von der Türkei und Aserbajdschan verhängte Sperre der Straßen- und Eisenbahnwege an der armenischen

Grenze sowie auf den obsoleten Zustand der Verkehrsmittel und z.T. auch des Straßennetzes zurückzuführen. Bei der Normalisierung der politischen Beziehungen mit den Nachbarstaaten konnten im Jahre 2000, trotz aller bilateralen, regionalen und internationalen Bemühungen keine bahnbrechenden Fortschritte erzielt werden, die u.a. zur Aufhebung der Verkehrsblockade beitragen könnten.

Die Landwirtschaft war mit einem Rückgang der Gesamterzeugung von 2,5% gegenüber 1999 der einzige Wirtschaftssektor mit einer negativen Produktionsentwicklung. Zurückzuführen ist dies in erster Linie auf die Dürre im Spätsommer mit einem geschätzten Gesamtschaden von 40 Mio. USD. Die Gesamtproduktion der Pflanzenwirtschaft sank 2000 um 12,5%, in der Viehwirtschaft nahm sie hingegen um 9,1% zu. Die Getreideernte ging infolge der äußerst ungünstigen Witterungsverhältnisse um über 25% auf knapp 225 Tausend Tonnen zurück, bei einem geschätzten Jahresbedarf von ca. 800 000 t.

Der Anteil des Privatsektors an der gesamten landwirtschaftlichen Produktion Armeniens beläuft sich nach jüngsten Angaben des armenischen Statistikamtes bereits auf 99%. In der nach der Bodenreform von 1992–94 entstandenen Unternehmensstruktur sind kleine private Farmwirtschaften (Gesamtzahl Ende 1999 ca. 334 000) mit einer durchschnittlichen Bodenfläche von 1,25 Hektar die zentrale Produktionseinheit. Die meisten davon produzieren für die Selbstversorgung, und in der Regel werden nur 30 bis 50% der Ernteerträge vermarktet. Diese Unternehmensstruktur ist eines der zentralen Entwicklungshemmnisse des Agrarsektors, da sie keine wesentlichen Produktivitätssteigerungen zulässt. Daneben sind der hohe Bewässerungsbedarf und die mit einer prekären Finanzlage der Landwirte zusammenhängende erhebliche Verschuldung des Sektors gegenüber Stromproduzenten zu nennen. Aufgrund dieser strukturellen bzw. infrastrukturellen Mängel ist der armenische Agrarsektor gegenwärtig nicht imstande, seine Wettbewerbsvorteile, etwa die vergleichsweise niedrigen Produktionskosten und die meist gute Produktqualität, vollständig zu realisieren. Nach dem Abschluss der Bodenreform müssen daher weitere Strukturreformen erfolgen. Die derzeit laufenden Programme der internationalen technischen Hilfe für den armenischen Agrarsektor sollten besser koordiniert und vor allem auf die Grundlage einer konsistenten nationalen Strukturpolitik im Bereich der Landwirtschaft gestellt werden.

Auf der Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts wies die amtliche Statistik nach der Flaute 1999 eine Zunahme der Bruttoanlageinvestitionen im Januar – September 2000 um real 7,4% gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode aus. Laut VGR-Angaben bewegte sich die Investitionsquote im Laufe der letzten vier Jahre praktisch unverändert bei 16–17% des BIP. Dabei hat der Endverbrauch den Marktwert des produzierten BIP seit 1994 jedes Jahr übertroffen, eine Entwicklung, die nur mit den

hohen Nettoimporten (ca. 300 Mio. USD oder 15,7% des BIP 2000) erklärt werden kann. Trotz der hohen Verbrauchsquote und der bei einer niedrigen Inflation steigenden Realeinkommen war beim privaten Verbrauch der Haushalte 1999 ein ausgeprägt rückläufiger Trend zu verzeichnen. Die gesamtwirtschaftliche Ersparnis, die 1998 sogar negativ ausfiel, blieb in den letzten zwei Jahren mit 2,7% bzw. 3,7% des BIP vor dem Hintergrund der strukturellen und außenwirtschaftlichen Engpässe besorgniserregend niedrig.

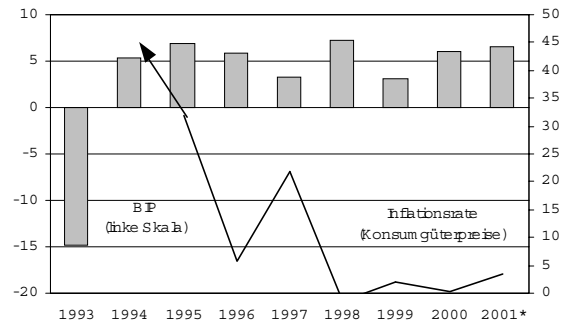
Monetäre Indikatoren

Ungeachtet einer leichten Preissteigerung im ersten Quartal 2001 ist das laufende Jahr bereits das vierte in Folge mit weitgehend stabilen Konsumgüterpreisen. 2000 bewegte sich die Jahresinflation der Konsumgüterpreise bei nur 0,4% (Dezember-Dezember; ursprünglicher Zielwert: 5%), einem für Transformationsländer außergewöhnlich niedrigen Niveau. Ein Vergleich der Jahresdurchschnittswerte 2000/1999 zeigt sogar einen Rückgang der Konsumgüterpreise um 0,8%. Im Januar – September 2000 wurde die Entwicklung der Einzelhandelspreise von der günstigen Lage am Nahrungsmittelmarkt infolge der guten Obsternte positiv beeinflusst. Die leichte Aufwertung der Landeswährung Dram gegenüber dem Euro im selben Zeitraum trug ebenfalls über sinkende Importpreise für aus Europa eingeführte Güter des täglichen Bedarfs zur günstigen Preisentwicklung am Binnenmarkt bei. Als Resultat verminderte sich der kumulierte Preisindex im 1.–3. Quartal 2000 um 2,8 Punkte. Im späteren Jahresverlauf bewirkte die Ausweitung des Geldangebots infolge einer nachträglich vorgenommenen Auszahlung der aufgelaufenen Haushaltsrückstände bei sozialen Zuwendungen einen Preisanstieg, der sich in den ersten Monaten 2001 fortsetzte. Die Konsumgüterpreise stiegen im 1. Quartal 2001 kumuliert um 3,7%, u.a. aufgrund des zurückgehenden Angebots bei Nahrungsmitteln, einer Spätwirkung der Dürre, sowie der Tarifierhöhungen im Gesundheitswesen infolge der Einführung der MWSt. auf Arzneimittelimporte im Januar 2001. Die letzten vorliegenden Daten für April und Mai 2001 zeigen jedoch einen stabilen bzw. sogar leicht rückläufigen Preistrend an. Die Zielvorgabe der Regierung für die Jahresinflation 2001 von 3,5% sollte daher realisiert werden können.

Die Preisstabilität wurde von einer konsequenten Wechselkurspolitik der armenischen Zentralbank unterstützt. Seit bereits vier Jahren verfolgt die Zentralbank ein kontrolliertes Floating mit gelegentlichen – und in letzter Zeit immer seltener werdenden – Deviseninterventionen zur Wechselkurskorrektur. Analog zu 1998–99 war die Wechselkursentwicklung auch im Jahre 2000 ausgesprochen stabil. Der Dram wertete gegenüber dem US-Dollar nominal um ledig-

lich 0,9% ab, wobei im Jahresverlauf keine nennenswerten Schwankungen registriert wurden. Die Zentralbank konnte ihre Devisenreserven um weitere knapp 20 Mio. USD aufstocken; sie entsprachen zum Jahresende 2000 3,6 Monatsimporten. Trotz des wachsenden Vertrauens in den Dram liegt der Dollarisierungsgrad nach wie vor hoch, obwohl der Barumlauf von Devisen offiziell untersagt ist.

Wachstum des realen BIP und Inflationsrate (Jahresdurchschnitt)



* Prognose.

Die andauernde günstige monetäre Entwicklung bildete die Voraussetzung für eine allmähliche Reduzierung der Zinssätze. Während der ersten fünf Monate des laufenden Jahres hat die Zentralbank den Refinanzierungssatz stufenweise um insgesamt 7 Prozentpunkte auf 18% p.a. herabgesetzt. Der durchschnittliche Kreditzinssatz der Geschäftsbanken, der sich zum Jahresende 2000 auf nominal knapp 28% p.a. bezifferte, verminderte sich im 1. Quartal ebenfalls um einige Prozentpunkte. Das Zinsniveau ist trotzdem relativ hoch und spiegelt das hohe Kreditrisiko wider, das sich in erster Linie aus dem Fehlen verlässlicher Wirtschaftsinformationen über Kreditnehmer und Unsicherheiten in bezug auf deren zu erwartende Wirtschaftsergebnisse ergibt. Infolgedessen überwiegen Kurzkredite mit einer Laufzeit von einem Monat innerhalb des Kreditportfolios der Banken. Gleichzeitig wurden die Banken 2000 durch den Anstieg der uneinbringlichen Forderungen an den Unternehmenssektor belastet. Insgesamt verbuchte im Ergebnis des Geschäftsjahres 2000 das armenische Bankensystem einen Gesamtverlust von 2,2 Mrd. Dram. All diese Faktoren erschwerten die Intermediation zwischen dem Banken- und dem Realsektor. Anzumerken ist allerdings ein kräftiger Anstieg der mittelfristigen Bankkredite mit einer Laufzeit von über einem Jahr im 1. Quartal 2001. Es bleibt abzuwarten, ob sich diese jüngste Entwicklung als dauerhafter Trend erweist.

Staatshaushalt und Fiskalpolitik

Im Bereich der öffentlichen Finanzen waren 2000 abermals die chronischen Schwächen der armeni-

schen Haushaltspolitik deutlich zu erkennen. Das konsolidierte Budgetdefizit, in dem neben dem Zentralhaushalt auch die regionalen Budgets sowie der staatliche Sozialversicherungsfonds mit berücksichtigt sind, belief sich nach offiziellen Regierungsangaben auf 6,2% des BIP und war somit höher als im Vorjahr. Das Defizit des Zentralhaushalts erreichte 50,7 Mrd. Dram bzw. 4,9% des BIP (4,0% nach IWF-Angaben) und lag damit exakt im Rahmen der mit dem IWF vereinbarten Zielgröße. Der IWF gab daraufhin im Mai 2001 die erste Tranche von umgerechnet ca. 12 Mio. USD einer dreijährigen Poverty Reduction and Growth Facility (PRGF) für Armenien frei.

Allerdings verbergen die amtlich gemeldeten Daten über den Haushaltsvollzug im Jahre 2000 einen erheblichen Fehlbetrag, der sich mindestens auf weitere 2% des BIP beläuft. Dieser setzt sich zum einen aus den aufgelaufenen Rückständen bei der MwSt.-Erstattung an Exporteure (ca. 20 Mrd. Dram), zum anderen aus den vorzeitig erzwungenen und im 2000er Haushalt verbuchten Gewinnsteuererträgen der künftigen Perioden zusammen. Auch wenn die Steuerschulden der Wirtschaftssubjekte und natürlichen Personen von ca. 4 Mrd. Dram mit berücksichtigt werden, bleibt die Lücke in den Staatsfinanzen erheblich und bestätigt das Fortbestehen finanzpolitischer Unsicherheiten.

Bereits 1999 konnte die drohende Lücke im Haushalt nur dadurch vermieden werden, dass das Haushaltsjahr auf den Januar 2000 „technisch“ verlängert und der fehlende Steuerertrag von ca. 5 Mrd. Dram in den 1999er Haushalt verbucht wurde. Auch 2000 wurde die Zielvorgabe des Budgetdefizits nur mit großer Anstrengung der Finanzbehörden eingehalten. Die gesamten Steuereinnahmen blieben im Jahresergebnis um 11,4% hinter dem Planziel zurück. Auch die Mitte 2000 vorgenommene Erhöhung der Akzisen konnte das Erreichen der geplanten Einnahmen nicht sicherstellen. Von Unternehmensverbänden und einzelnen Privatfirmen wurde im Laufe des Jahres über direkte Eingriffe der lokalen Steuerbehörden berichtet, die das Eintreiben der Steuerzahlungen vor dem Fälligkeitsdatum zum Ziel hatten. In vielen Fällen wurde unter dem Vorwand der Bekämpfung der Steuerhinterziehung sogar gesetzwidrig gehandelt. So konnten bspw. Unternehmen mit ausländischer Beteiligung ihre nach dem Auslandsinvestitionsgesetz eingeräumten und nachgewiesenen Steuervorteile gegenüber den örtlichen Steuerbehörden nicht durchsetzen.

Angesichts der ausbleibenden Einnahmen war die Regierung zur Kürzung der Haushaltsausgaben gezwungen. Zum Jahresabschluss 2000 wurden die Gesamtausgaben des zentralen Haushalts nur zu 88% der veranschlagten Zielgröße vollzogen. Unter den Ausgabenkürzungen litten insbesondere die Bereiche Gesundheitswesen, Soziales, Wissenschaft und Kommunalwirtschaft. Die unausgewogene Ausgabenpolitik der Regierung, u.a. das Einfrieren eines

wesentlichen Teils der sog. gesicherten Ausgaben, führte zur Ablehnung des Jahresberichts der Regierung über den Haushaltsvollzug im Parlament.

Der Regierungsentwurf des Haushalts für das laufende Jahr, der Ende Dezember 2000 von der Nationalversammlung verabschiedet wurde, sieht Einnahmen in Höhe von 193,4 Mrd. Dram und Ausgaben von 247,2 Mrd. Dram vor. Das anvisierte Defizit von 4,8% des BIP soll analog zum Vorjahr zu einem gewichtigen Teil von Krediten internationaler Finanzorganisationen gedeckt werden. Die bereits für das laufende Jahr freigegebenen Kredite von IWF, Weltbank und EU in Höhe von schätzungsweise mindestens 20 Mio. USD gewährleisten zwar die Deckung des Defizits, verstärken gleichzeitig jedoch die Abhängigkeit der öffentlichen Finanzen von den Auslandszuwendungen. Wie die Erfahrung der letzten zwei Jahre zeigt, neigt die armenische Administration dazu, die ausländische Finanzhilfe als eine Art bailing-out zu betrachten. Damit wird der Regierung der Druck genommen, die fiskalpolitischen Reformen fortzuführen und die Steuer- und Haushaltsdisziplin zu wahren. Ohne die Einleitung konsistenter Maßnahmen zur Überwindung der haushaltspolitischen Unsicherheiten kann nicht mit einer dauerhaften Sanierung der öffentlichen Finanzen gerechnet werden.

Beschäftigung und soziale Lage

Das anhaltende Wirtschaftswachstum hat nicht zu einer Verbesserung der Einkommenssituation und der Beschäftigungsaussichten geführt. Die anhaltende Abwanderung von Arbeitskräften ins Ausland (größtenteils nach Russland und in die Ukraine) und die weit verbreitete Armut sind charakteristisch für die kritische soziale Lage im Lande.

Die Beschäftigung hat 2000 weiter abgenommen, darunter insbesondere in der Industrie (-15%) und im Handel (-33%). In anderen Wirtschaftssektoren fielen die Rückgangsraten moderater aus. Die Beschäftigung im privaten Sektor ist 1999 auf knapp 72% der Gesamtbeschäftigung weiter angestiegen.

Knapp 170 000 Personen waren zum 1.1.2001 offiziell als Arbeitslose registriert, davon 109,3 Tausend Frauen (64,5%). Im Vergleich zum Vorjahr stieg damit die Arbeitslosenquote geringfügig auf 11,7% an. Meldungen zufolge wird die Quote der tatsächlich Arbeitslosen auf 40% der Bevölkerung arbeitsfähigen Alters geschätzt, wobei dieser Wert in einzelnen Regionen bis auf 60–80% steigen kann. Von der Gesamtzahl der Beschäftigungslosen erhielten Ende 2000 nur 12% Arbeitslosengeld. Dieser ohnehin niedrige Anteil ist im Vergleich mit dem Stand des Vorjahres zudem um ca. die Hälfte zurückgegangen. Das Arbeitslosengeld beträgt umgerechnet ca. 5 USD monatlich und wird sehr unregelmäßig ausgezahlt. Viele Arbeitslose lassen sich daher nicht offiziell registrieren. Die Schaffung von Ar-

beitsplätzen ist Bestandteil einer nationalen Strategie der Armutsbekämpfung sowie eines Staatsprogramms zur Förderung der Informationstechnologien. Damit soll die Beschäftigungslage mittel- und langfristig stabilisiert werden.

Mit einem pro-Kopf BIP von 503 USD (2000) befindet sich Armenien unmittelbar über der Schwelle der ärmsten Länder nach der Definition der Weltbank. Vorliegende Armutserschätzungen weichen z.T. erheblich voneinander ab. Die armenische Statistik gibt den Anteil der in der Armut lebenden Familien mit 28% an (Stand: Ende 1999; Bemessungsgrundlage 25 000 Dram Monatseinkommen als Armutsgrenze). Legt man die international ermittelte Armutsgrenze – 4 USD pro Haushalt und Tag nach Kaufkraftparität zugrunde, so haben 44% der armenischen Familien nach Angaben der EBWE 1999 ein niedrigeres Einkommen bezogen. Der anhand internationaler Ernährungsstandards ermittelte Anteil der unterhalb der Armutsgrenze lebenden Bevölkerung wird im Jahre 2000 amtlich auf 56% geschätzt.

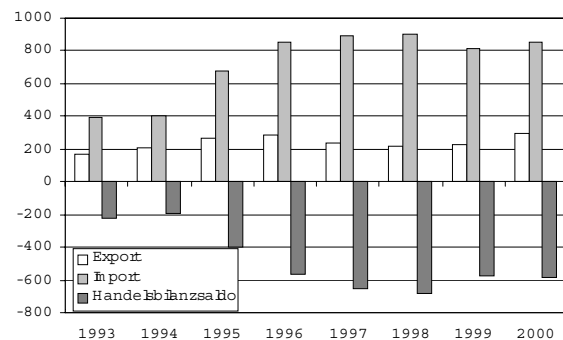
Für die Bewertung des Lebensstandards sind die seit 1995 ununterbrochen steigenden Reallöhne relevant. 2000 lagen sie vor dem Hintergrund der weitgehend stabilen Verbraucherpreise um knapp 13% über dem durchschnittlichen Niveau von 1999. Diese Entwicklung wird aber durch das allgemein niedrige Lohnniveau (das durchschnittliche Monatsgehalt lag Anfang 2001 bei 21 000 Dram oder ca. 40 USD), das erhebliche Einkommensgefälle sowie durch den hohen Selbstversorgungsgrad insbesondere in ländlichen Gegenden wesentlich relativiert.

Außenwirtschaft

Die Entwicklung des armenischen Außenhandels war 2000 insofern günstig, als die Steigerung der Warenexporte (+28,4% gegenüber 1999) wesentlich stärker als die Zunahme der Importe (5,4%) war. Das Handelsbilanzdefizit (Waren und Dienstleistungen) fiel mit 599 Mio. USD dennoch höher als im Vorjahr (536 Mio. USD) aus. Zum kräftigen Anstieg der Warenexporte im Jahre 2000 hat im wesentlichen die wieder angewachsene Ausfuhr von Diamanten und Edelsteinen, landwirtschaftlichen Produkten und Nahrungsmitteln sowie metallhaltigen Erzen und –konzentraten beigetragen. Der Anstieg der Nahrungsmittelexporte ist hauptsächlich auf die gute Obsternte und die Zunahme der Konservenproduktion zurückzuführen. In der Metallindustrie, die traditionell auf die GUS-Märkte orientiert ist, war 1999–2000 eine Erholung der Produktion und der Exporte zu beobachten. Ungeachtet der Zuwächse im vergangenen Jahr sind im Exportsektor keine strukturellen Änderungen erkennbar, die zu einer nachhaltigen Stärkung der Wettbewerbsposition der armenischen Wirtschaft führen würden. Die Güterstruktur der Exporte bleibt über mehrere Jahre hinweg unverändert und folgt zudem keineswegs dem

allgemeinen Wachstumstrend des Realsektors. Dominierend ist die Warengruppe Diamanten, Edelsteine und Schmuck, auf die 2000 41% der gesamten Ausfuhr entfiel. Potentiell wettbewerbsfähig sind indes die Leichtindustrie, die Nahrungsmittelbranche sowie das Fremverkehrswesen. Im Tourismus wird im laufenden Jahr wegen der Feierlichkeiten anlässlich von 1700 Jahre Christentum in Armenien ein Aufschwung erwartet, wobei die Infrastrukturgpässe (mangelnde Hotel- und Beförderungskapazitäten, schlechter Straßenzustand) den Zulauf der ausländischen Besucher einschränken werden. Gute Entwicklungschancen in Armenien haben außerdem die Informationstechnologien. Für den Ausbau dieses Sektors hat die Regierung ein spezifisches Förderprogramm ausgearbeitet.

Außenhandel (Waren, Mio. USD)



Auf der Importseite war 2000 ein kräftiger Anstieg der Einfuhren von Edelsteinen und –metallen zur Lohnveredelung sowie von Maschinenbauerzeugnissen zu verzeichnen, der neben dem Anstieg der Importe von chemischen Erzeugnissen und Mineralprodukten wesentlich zur gesamten Steigerung der Importe beitrug. Die Erdgasimporte aus Russland, dem einzigen Lieferant Armeniens, sind nach Angaben des Energieministeriums gegenüber 1999 um 11,4% auf 1,4 Mrd. Kubikmeter gestiegen und haben den gesamten Jahresbedarf des Landes gedeckt.

Unter den Handelspartnern Armeniens behält die Europäische Union ihre führende Position sowohl bei den Exporten (Anteil 2000 36%) wie auch bei den Importen (34,2%) bei. Dies ist auf den bereits erwähnten sehr intensiven Lohnveredelungsverkehr in der Diamanten- und Edelsteinbearbeitung, insbesondere mit Belgien zurückzuführen. Mit einem Anteil von 25,2% an den gesamten Warenexporten bleibt Belgien der mit Abstand wichtigste Absatzmarkt Armeniens, gefolgt von Russland (15,0%), den USA (12,7%) und Iran (9,3%). Dieselben vier Staaten nehmen auch die ersten Plätze bei den armenischen Importen ein. Auf Russland entfallen 14,9% der armenischen Gesamteinfuhren, gefolgt von den USA (11,6%), Belgien (9,5%) und Iran (9,4%).

Die verhältnismäßig günstige Außenhandelsentwicklung trug zum weiteren Abbau des Leistungsbi-

lanzdefizits von 21,7% des BIP 1999 auf vorläufig 20% des BIP 2000 bei. Der Zufluss ausländischer Direktinvestitionen, der 1998 infolge der Durchsetzung mehrerer großer Privatisierungsvorhaben die Rekordhöhe von 221 Mio. USD erreichte, verminderte sich 1999 und 2000 auf nur noch 122 bzw. 102 Mio. USD. Dieser Rückgang erklärt sich durch die Verlangsamung des Privatisierungsprozesses, so dass sich der FDI-Zufluss auf die bereits laufenden Investitionsprojekte in den Bereichen Telekommunikation und Energie beschränkte. Die bedeutendsten Investitionen kamen 1999 und 2000 aus Griechenland, Russland und den USA. Nach der im Herbst 2000 veröffentlichten Zahlungsbilanzstatistik beliefen sich die privaten Zuwendungen der armenischen Diaspora auf jährlich ca. 90 Mio. USD.

Eine wichtige Entwicklung der letzten einhalb Jahre besteht darin, dass es der Regierung gelungen ist, den raschen Anstieg der Auslandsverschuldung anzuhalten. Nachdem sich die Auslandsverschuldung Armeniens zwischen 1994 und 1998 mehr als verdoppelt hatte, blieb sie zum Jahresende 2000 mit 840 Mio. USD praktisch auf dem Vorjahresniveau. In Relation zum BIP und den Exporten ist die Auslandsverschuldung von 45,6% auf 43,9% bzw. von ca. 240% auf 194% zurückgegangen. Im Verlauf des Jahres 2000 wurden die Auslandsschulden weitgehend rechtzeitig bedient, wobei sich der Schuldendienst auf 10,7% der Waren- und Dienstleistungsexporte belief. Unter anderem wurde ein Teil (19,5 Mio. USD) der fälligen Gasschulden gegenüber Russland getilgt, auch wenn die Regierung dafür beinahe alle Privatisierungserlöse bereit stellen musste. Mit Turkmenistan wurde eine Stundung der offen stehenden 13 Mio. USD auf 2001–04 in einem Regierungsabkommen vereinbart. Um keine neuen Auslandsschulden auflaufen zu lassen, lehnte die armenische Regierung im Frühjahr 2001 einen von Russland angebotenen Kredit in Höhe von ca. 20 Mio. USD zur Finanzierung der Lieferungen von Brennstäben an das Kernkraftwerk Metsamor ab.

Die im Jahre 2000 zu verzeichnende günstige Entwicklung der Verschuldungsindikatoren zeigt, dass die kurz- und mittelfristigen Liquiditätsrisiken zumindest vorübergehend gemildert wurden. In einer Evaluierung der Verschuldungslage Armeniens, die vom IWF im Frühjahr 2001 veröffentlicht wurde, wird der aktuelle Stand der Auslandsverbindlichkeiten als nicht mehr kritisch angesehen. Die allgemeine Exportschwäche und die niedrige Attraktivität des Landes für ausländische Investoren bereiten aber langfristige Probleme, zumal die öffentlichen und privaten Hilfsleistungen aus dem Ausland keine dauerhafte Lösung für die Bedienung der externen Verschuldung darstellen. Für eine nachhaltige Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Außenposition sind weiterhin Maßnahmen zur Stärkung der Exportleistung, die Verbesserung des rechtlichen Rahmens für Investoren und eine Konsolidierung der öffentlichen Finanzen von großer Bedeutung.

Wirtschaftspolitik und Strukturwandel

Im Frühjahr 2001 erklärte die Regierung das staatliche Privatisierungsprogramm 1998–2000 für abgeschlossen, obwohl während der drei Jahre nur 251 mittlere und Großunternehmen statt der geplanten 601 privatisiert wurden. Die deutliche Verlangsamung des Privatisierungsprozesses in den Jahren 1999 und 2000 hängt mit der Verlagerung des Schwerpunktes auf das Heranziehen strategischer Investoren für die zur Privatisierung anstehenden Unternehmen zusammen. Dadurch sollten u.a. die am Anfang der „großen“ Privatisierung begangenen Fehler berichtigt werden, als viele potentiell wettbewerbsfähige Produktionseinheiten praktisch zu Schleuderpreisen veräußert wurden.

Allerdings bereitete die Einbeziehung strategischer Investoren aufgrund der instabilen Rahmenbedingungen und der verbreiteten Korruption erhebliche Schwierigkeiten, wie das Scheitern der noch im Sommer 1999 angekündigten Privatisierung der vier nationalen Stromnetze zeigt. Nachdem Electricite de France und später auch ABB wegen der ständigen Verzögerungen, unklaren Transaktionsbedingungen und der damit verbundenen Risiken aus der Shortliste ausgeschieden waren, zog die Regierung ihr ursprüngliches Angebot zurück und kündigte eine neue Ausschreibung an, die nun im Herbst 2001 bekannt gegeben werden soll. Erfolgreich waren hingegen die 2000 durchgeführten Veräußerungen eines Chemiekonzerns, einer Edelsteinfabrik und eines Hotels im Stadtzentrum von Eriwan an ausländische Investoren. Unter den 2001 laufenden Vorhaben sind die Privatisierungen eines erst 1994 in Betrieb genommenen Softwareproduzenten und eines großen Kaufhauses in Eriwan zu nennen. Ferner ist geplant, die ausländische Beteiligung am größten Bergbau- und Metallurgiekonzerns Armeniens (Kupfer und Molybdän) auszuweiten.

Beim Ausbau marktwirtschaftlicher Institutionen sind 2000 und Anfang 2001 weitere Fortschritte erzielt worden. Im Zuge der Rechtsreform wurden neue liberale und den internationalen Standards entsprechende Gesetze verabschiedet, darunter der Zollkodex (Inkrafttreten am 1.1.2001), das Antimonopolgesetz, wonach unter anderem die unabhängige Wettbewerbsbehörde gegründet wurde, sowie die für Unternehmen wichtigen Lizenzierungs- und Registrierungsgesetze, die die Markteintrittsregeln vereinfacht und liberalisiert haben. Zu erwähnen sind auch die durch das Parlament verabschiedeten Änderungen im Zivilgesetzbuch, die Hindernisse zur Anwendung des Konkursgesetzes aufgehoben haben, sowie die Bemühungen im Bereich der Anpassung des Gesellschaftsrechts an den Zivilkodex. Außerdem finden die 1998 eingeführten internationalen Buchführungsrichtlinien nach der Beendigung der Übergangsperiode in allen Wirtschaftsbereichen Anwendung. Armenien hat praktisch alle Bedingungen für den 1995 beantragten WTO-Beitritt erfüllt.

Lediglich im Agrarbereich muss noch eine stufenweise Vereinheitlichung der Steuerregeln für heimische Produzenten und Importeure landwirtschaftlicher Produkte mit den Mitgliedsstaaten vereinbart und die damit zusammenhängende Frage der Unterstützung der armenischen Farmwirtschaften entschieden werden. Auch wenn die Verhandlungen bislang – wegen der offensichtlichen Sensibilität der Agrarfrage für die armenische Gesellschaft – ausgesprochen mühsam verliefen, wird mit der endgültigen Aufnahme des Landes in die WTO bis Ende 2001 gerechnet.

Trotz dieser anerkennenswerten Errungenschaften gilt das Geschäftsklima in Armenien im allgemeinen als wenig attraktiv, was unter anderem an den rückläufigen Auslandsinvestitionen erkennbar ist. In wichtigen Bereichen der unternehmerischen Tätigkeiten von Firmengründungen bis hin zu Wareneinfuhren und Steuereinzahlungen sind freihändige Auslegungen des anzuwendenden Rechtes und eine unverhohlene Willkür der Behörden keine Seltenheit. Unter diesen Umständen entstehen für Unternehmen sehr hohe Transaktionskosten und kaum vertretbare Geschäftsrisiken. Viele neu gegründete Privatunternehmen, die als Wachstumsträger aus transformationspolitischen Gesichtspunkten rechtlich und institutionell unterstützt werden sollen, treten daher in Armenien aus dem Markt aus oder schrauben ihre Tätigkeit bis auf das Notwendigste zurück. Dementsprechend erhöhen sich die von der gesamten Gesellschaft zu tragenden Transformationskosten. Gerade aber auf dem Gebiet der Durchsetzung der verabschiedeten und durchaus akzeptablen Marktregeln hat Armenien bislang nur wenige

glaubwürdige Verbesserungen vorzuweisen.

Eine konsequente Umsetzung der Rechts- und Strukturreformen ist daher die wichtigste kurz- und mittelfristige Aufgabe der armenischen Politik, wofür die bereits erzielten Fortschritte im Bereich der Gesetzgebung eine wesentliche Voraussetzung bilden. In Ansätzen ist dieses Ziel in einem neuen vorläufigen Programm der Armutsbekämpfung erkennbar, das im März 2001 veröffentlicht und mit dem IWF und der Weltbank abgestimmt wurde. Nach Vorlage des Programms beschlossen die internationalen Geberorganisationen dessen Durchführung mit neuen Krediten zu unterstützen. Im Mai 2001 verabschiedete der IWF das dreijährige PRGF Programm in Höhe von insgesamt 69 Mio. SZR (ca. 87 Mio. USD). Mit der Weltbank wurde das Abkommen über den 4. Strukturanpassungskredit (SAC 4) über 50 Mio. USD unterzeichnet. Im laufenden Jahr räumte die EU ebenfalls ein Darlehen zur Absicherung der Haushalts- und Zahlungsbilanzrisiken in Höhe von 5,5 Mio. Euro ein. Die ersten Tranchen dieser Kredite wurden bereits ausbezahlt. Der Schwerpunkt der künftigen und von der internationalen Gebergemeinschaft unterstützten Reformpolitik soll von der Schaffung der marktwirtschaftlichen Institute auf deren glaubhafte Absicherung und Anpassung anhand transparenter Regeln verlagert werden. Nur dann wird es gelingen, die bestehenden Schranken für die unternehmerische Tätigkeit und für Investitionen auf Dauer abzubauen.

ALEXEI SEKAREV

Armenien

Fläche: 29,8 Tsd. km², Bevölkerung: 3803,7 Tsd. (Stand 1.1.2001)

Gesamtwirtschaftliche Indikatoren

	Einheit	1996	1997	1998	1999	2000*	2001**
Wirtschaftsleistung							
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	Mrd. Dram, nom.	661	804	955	987	1033	1124
BIP	Mio. USD, nom.	1599	1637	1891	1845	1913	2044
BIP, real,	Veränd. gg. Vorj., %	5,9	3,3	7,3	3,1	6,0	6,5
BIP pro Kopf	USD,						
	amtl. Wechselkurs	424	431	498	485	503	538
	Kaufkraftparität	1967	2064	2229	2323	.	.
BIP	Index 1991=100	48,1	49,6	53,2	54,9	58,2	62,0
Industrie	Index 1991=100	50,6	51,1	49,8	52,4	55,8	59,8
Produktionsentwicklung							
Industrie	Veränd. gg. Vorj., %	1,2	0,9	-2,5	5,2	6,4	7,2
Landwirtschaft	Veränd. gg. Vorj., %	1,7	-5,9	13,1	1,3	-2,5	2,7
Bauwesen	Veränd. gg. Vorj., %	-4,0	3,9	10,6	7,7	28,4	10,0

Armenien – Gesamtwirtschaftliche Indikatoren

	Einheit	1996	1997	1998	1999	2000*	2001**
Struktur							
Industrie	% des BIP ¹	23,4	22,5	19,9	21,0	22,0	.
Landwirtschaft	% des BIP ¹	34,8	29,4	30,8	26,2	22,5	.
Bauwesen	% des BIP ¹	7,4	8,1	8,0	8,8	10,9	.
Dienstleistungen	% des BIP ¹	28,7	31,8	31,8	35,1	35,3	.
Anteil des Privatsektors ²	% des BIP	50	55	60	60	60	.
Anteil des Privatsektors	% der Industrieprod.
Anteil des Privatsektors ²	% der Beschäftigten	59,9	61,7	68,5	71,8	.	.
Investitionen							
Brutto-Anlageinvestitionen	reale Veränd. gg. Vorj., %	10,3	2,1	12,0	0,5	7,4 ³	.
Investitionsquote	% des BIP	17,9	16,2	16,2	16,5	16,9 ³	.
Netto-Zufluss von Direktinvest. darunter aus Deutschland	Mio. USD Mio. USD	18 .	52 .	221 .	122 .	102 .	.
Arbeitsmarkt							
Beschäftigte JD	Tsd. Personen	1436	1372	1337	1298	.	.
in der Industrie	% d. Besch.	17,8	16,7	15,7	15,0	.	.
im öffentlichen Sektor ⁴	% d. Besch.	18,6	19,0	19,2	19,2	.	.
Arbeitslosenquote ⁵	%	9,3	10,8	9,4	11,2	11,7	.
Geldmengen- und Preisentwicklung							
Geldmenge M2 JE	Veränd. gg. Vorj., %	35,1	29,2	23,5	-2,1	36,2	.
Refinanzierungssatz JE	% p.a.	56 ⁶	51 ⁶	38 ⁶	39	26	21
Durchschnittl. Kreditzins JE	% p.a., nominal	60,1 ⁶	54,8 ⁶	45,7 ⁶	37,3	27,9	.
Inflationsrate							
Konsumgüterpreise	%, Dez. – Dez.	5,8	21,8	-1,3	2,0	0,4	3,5
Produzentenpreise	%, Dez. – Dez.	17,8	19,2	15,0	2,9	-1,8	.
Einkommen und Verbrauch							
Bruttolöhne ⁷ , nominal JD	Veränd. gg. Vorj., %	45,7	37,8	30,0	21,8	12,0	.
Reallöhne ⁷ JD	Veränd. gg. Vorj., %	22,7	21,1	19,9	21,1	12,9	.
Privater Verbrauch	Veränd. gg. Vorj., %	17,6	5,7	11,4	-6,8	.	.
Einzelhandelsumsatz, real	Veränd. gg. Vorj., %	12,5	5,2	6,1	11,0	8,5	.
Sparquote	% des BIP	1,8	0,4	-2,2	2,7	3,7	.
Lebensstandard							
Durchschn. Monatslohn, ⁷ brutto	USD, amtl. Wechselkurs	20,9	24,2	30,6	35,2	39,1	.
	Kaufkraftparität	97	116	137	168	.	.
Mindestlohn/Durchschn.-lohn	%	8,0	7,4	5,4	24,8	23,8	.
Altersrente/Durchschn.-lohn	%	33,3	26,8	20,5	21,9	21,3	.
Haushalte unter der Armutsgrenze	%	55	.	50	50	56	.
Öffentliche Haushalte (konsolidiert)^{8,9}							
Einnahmen	Mrd. Dram	116,6	155,8	198,8	226,5	246,5	193,4
Ausgaben	Mrd. Dram	173,3	193,8	233,9	278,3	311,0	247,2
Budgetsaldo	Mrd. Dram	-56,7	-38,0	-35,1	-51,8	-64,5	-53,8
Budgetsaldo	% des BIP	-8,6	-4,7	-3,7	-5,2	-6,2	-4,8

Armenien – Gesamtwirtschaftliche Indikatoren

	Einheit	1996	1997	1998	1999	2000*	2001**
Außenwirtschaft							
Außenhandel insgesamt ¹⁰							
Export	Mio. USD	290	234	221	232	298	.
Import	Mio. USD	855	892	902	811	855	.
Handelsbilanzsaldo	Mio. USD	-565	-658	-681	-579	-587	.
Anteile wichtiger Handelspartner							
Export nach							
EU	% der Exporte	21,3	28,5	34,6	46,0	36,0	.
Deutschland	% der Exporte	1,3	4,0	4,2	4,4	4,3	.
GUS	% der Exporte	44,1	40,7	36,5	24,3	24,5	.
Russland	% der Exporte	33,1	27,1	18,1	14,6	15,0	.
CEFTA	% der Exporte
Import aus							
EU	% der Importe	15,5	19,8	28,7	31,2	34,2	.
Deutschland	% der Importe	2,0	2,9	3,8	4,2	4,1	.
GUS	% der Importe	32,5	33,5	25,5	23,1	19,0	.
Russland	% der Importe	14,7	24,2	21,2	18,5	14,9	.
CEFTA	% der Importe
Handel mit Deutschland							
Deutsche Ausfuhr	Mio. DM	102,9	79,2	54,3	48,6	65,0	.
Deutsche Einfuhr	Mio. DM	3,8	33,5	9,7	14,1	43,0	.
Deutscher Handelssaldo	Mio. DM	99,1	45,7	44,6	34,5	22,0	.
Gesamtwirtschaftliche Auslandsposition							
Leistungsbilanzsaldo ¹¹							
	Mio. USD	-408	-456	-515	-401	-382	-392
	% des BIP	-25,5	-28,0	-27,3	-21,7	-20,0	-19,2
Währungsreserven brutto JE ¹²							
	Mio. USD	171	243	298	305	314	.
Wechselkurs JD							
	Dram/USD	413	491	505	535	540	550
Realer Wechselkurs ¹³							
	Veränd. gg. Vorj., %	.	1,7	10,8	-5,1	-8,1	.
Terms of Trade							
	Index 1990=100
Auslandsverschuldung							
brutto ¹⁴	Mio. USD	613	640	739	841	840	.
netto	Mio. USD
Schuldenquote, brutto							
	% des BIP	38,3	39,1	39,1	45,6	43,9	.
Schuldendienstquote ¹⁵							
	% der Exporte	20,3	14,2	19,0	14,3	10,7	.

Anmerkung: * vorläufige Werte bzw. Schätzungen; ** Prognose; JD = Jahresdurchschnitt; JE = Jahresende.

¹ BIP in jeweiligen Preisen; ² nicht-staatliche Unternehmen einschließlich Kooperative und Farmwirtschaften; ³ Januar-September; ⁴ Verwaltung, Bildung, Soziales, Gesundheit; ⁵ offiziell registrierte Arbeitslose in v.H. zur Gesamtzahl der Arbeitskräfte; ⁶ Durchschnittswert des 4. Quartals; ⁷ im öffentlichen Sektor; amtliche Angaben anhand Meldungen von ca. 9000 Unternehmen aller Wirtschaftssektoren; ⁸ inklusive staatlicher Sozialversicherungsfonds sowie Zuwendungen aus dem Ausland; ⁹ Werte für 2001 entsprechen dem vom Parlament am 30.12.2000 verabschiedeten Haushaltsplan der Regierung (Zentralhaushalt); ¹⁰ ohne Dienstleistungen; ¹¹ ohne offizielle Transfers; ¹² inklusive Gold- und SZR-Bestände; ¹³ negative Prozentangaben bedeuten eine reale Aufwertung der Landeswährung; ¹⁴ Staats- und staatlich garantierte Verschuldung, ohne Auslandsverbindlichkeiten staatseigener Unternehmen (ca. 20 Mio. USD 2000); ¹⁵ berücksichtigt werden die im jeweiligen Jahr gemäss Zahlungsbilanzangaben tatsächlich bedienten Auslandsschulden, in v.H. der Waren- und Dienstleistungsexporte.

Quellen: Nationalamt für Statistik der Republik Armenien; Armenische Zentralbank; Armenia Economic Trends 2000; EBRD, Transition report 2000; IWF; Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen. Volkhart